ein Verzeichnis der Angestellten der Reichswehr, die im Privatdienst stehen. Der Reichskanzler antwortete darauf, daß das Verbot der Verbindung mit den Rechtsverbänden bestehe, daß die Zustimmung des Reichswehrministers für private Zuwendungen nötig sei und die Privatanstellungen in einigen Monaten (!) dem Reichstag bekanntgegeben werden könnten. Die Forderungen zeigen, wie sich die SPD die „Republikanisierung" der Reichswehr dachte, wie sie selbst bereit war, Geßler zu halten. Die Antwort Marx' zeigt, wie die Regierung die sozialdemokratischen Dränger selbst für diese lächerlichen Forderungen verhöhnte.

In dieser Lage gab es für die Sozialdemokratie nur einen Ausweg: sie mußte sich einen erträglichen Abgang schaffen. So kam die merkwürdige Erklärung zustande, daß sie nach Rücktritt der Reichsregierung „durchaus zu Koalitionsverhandlungen bereit" bleibe. Diese Erklärung, die von den Regierungsparteien, selbst von einem Teil der Demokraten, als „Brüskierung" zurückgewiesen wurde. Wie wenig die Sozialdemokratie und insbesondere der Parteivorstand eine „Brüskierung" wirklich wollte, wie sie nur in der äußersten Not und mit dem Mute der Verzweiflung diesen letzten Rettungsweg gegenüber der Erbitterung in den Reihen der eigenen Partei beschritt, das zeigt das Kommentar, das der Vorwärts am Donnerstag dem Beschluß der Reichstagsfraktion widmet. Es heißt darin noch einmal, daß es der Fraktion „mit ihrer Bereitschaft, über die Bildung einer Großen Koalition zu verhandeln, durchaus ernst sei", der Rücktritt der Regierung „natürlich nicht ausschließe, daß der eine oder andere Minister bei der Neubildung der Regierung wieder in sein Amt zurücktrete". Daß der Mißtrauensantrag „im parlamentarischen Leben keine Zensur und keine persönliche Unfreundlichkeit" darstelle, daß der Antrag ja eigentlich gar kein Mißtrauensantrag sei, sondern nur ein Antrag, „der der Regierung einen freiwilligen Rücktritt" nahelege!! Die Regierung allerdings, die ihre sozialdemokratische „Opposition" richtig einschätzt, antwortete wiederum mit einem Fußtritt. Marx erklärt im Reichstag, die Regierung sehe gar keinen Grund, freiwillig zurückzutreten, und unter dem stürmischen Beifall der Deutschnationalen kanzelte er Scheidemanns Oppositionsgeflunker sehr scharf mit der Erklärung ab, es sei außerordentlich bedauerlich, solche Reden zu halten.

So endet also der parlamentarische Kuhhandel der Sozialdemokratie um die „Machtpositionen" in einer Koalitionsregierung. So beginnt ihre jämmerliche „Opposition" mit einer neuen Komödie.

Die Sozialdemokratie hat durch die monatelangen Zutreiberdienste für die Regierung des Trustkapitals sehr wesentlich dazu beigetragen, die Linksbewegung in der deutschen Arbeiterklasse, die Umgruppierung in den deutschen Mittelschichten zu hemmen. Ihre Sabotage der Bewegung gegen die Großausbeuter hat dazu geführt, daß die Front des Kongresses der Werktätigen heute **noch nicht breit und stark genug ist,** um die Minderheitsregierung der Bourgeoisie und jede ähnliche Regierung hinwegzufegen. Das Koalitionsmanöver und in der letzten Zeit das Oppositionsgetue haben Marx, Külz und Geßler noch einmal gerettet. Die Lehre, die aus den parlamentarischen Ereignissen wieder zu ziehen ist, ist die, daß nicht im Parlament, sondern nur gegen und außerhalb des Parlaments die Interessen der Arbeiter vertreten werden können. Die Arbeiterklasse muß aber aus der schmählichen Niederlage der Sozialdemokratie noch eine Lehre ziehen. Sie muß erkennen, daß nur der beginnende Widerstand in den Reihen der Werktätigen, daß nur die Front des Kongresses der Werktätigen es war, die eine noch schändlichere Kapitulation der Sozialdemokratie verhinderte, die sie jetzt wenigstens dazu gezwungen hat, das Koalitionsmanöver zu beenden und den Weg der parlamentarischen Opposition zu beschreiten, auf dem ihr Wille zur Ohnmacht und die Rolle des Parlaments als Werkzeug der Ausbeuterklasse noch rascher und noch deutlicher sich zeigen werden. Drum mit verstärkter Kraft

für die Verstärkung der Front der Werktätigen.

„Böttcher fehlt"

Bei der gestrigen Abstimmung im Landtag über die sogenannte Entschuldungsbeihilfe der Beamten und Angestellten fehlte der Genosse Böttcher, der wegen dringender Parteiarbeit in Leipzig zu tun hatte.

Infolgedessen wurde ein Antrag, den Gemeinden eine Anweisung zu geben, die Zuschläge auch für ihre Beamten und Angestellten auszuzahlen, mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Praktisch ist die Abstimmung von nicht ausschlaggebender Bedeutung. Wichtiger war die Abstimmung, ob den staatlichen Beamten und Angestellten die Weihnachtsbeihilfe ausgezahlt wird. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung war 48 gegen 46. Böttchers Anwesenheit hätte das Ergebnis 48 gegen 47 ergeben. Der Vorwurf, die KPD hätte durch das Abstimmungsergebnis die Unterstützungsaktion gefährdet, kann demnach nicht zutreffen.

Die SPD sucht ein billiges Agitationsmittel.

Die ASPS und Regierungsbildung

Der „Volksstaat" von gestern bringt einen Artikel zur Regierungsbildung in Sachsen und beschäftigt sich darin mit den verschiedensten Möglichkeiten der Zusammensetzung der sächsischen Regierung. Nach wie vor ist selbstverständlich für die ASPS die „Große Koalition" von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei das erstrebenswerteste Ziel. Da jedoch die SPD „vorläufig", so schreibt der Volksstaat, dazu noch keine Bereitschaft zeigt, so müsse man sich damit abfinden, daß sie jetzt noch nicht erreichbar sei. Die ASPS-Leute befinden sich in einer üblen Lage. Die Gesellschaft mit den Deutschnationalen ist ihnen außerordentlich unangenehm. Das Einschwenken in die offene, schwarz-weiß-rote Front würde dem letzten Arbeiter die Erkenntnis bringen, daß er mit der Gesellschaft nichts zu tun haben kann. Der Volksstaat möchte deshalb eine Regierung, bei der die Deutschnationalen Hilfsstellung geben, ohne direkt daran beteiligt zu sein, und schreibt deshalb:

„Da man in der Politik nicht Wünschen nachgeben darf, sondern mit Gegebenheiten rechnen muß, hat man von dieser Sachlage auszugehen. So begehrenswert der ASPS die Große Koalition auch scheint, so muß sie sich doch im Augenblick damit abfinden, daß diese nicht erreichbar ist. Es geht nicht länger mehr an, daß sie sich einfach darauf beschränkt, immer wieder das zu wiederholen, was nach ihrer Auffassung Gebot der politischen Vernunft ist. Infolge der entscheidenden Stellung, die sie auf Grund des Wahlergebnisses im Sächsischen Landtag erlangt hat, muß sie zu irgendeinem Entschluß kommen, der den Weg zu einer zurzeit möglichen Regierungsbildung freilegt. Für eine Regierung die Verantwortung zu übernehmen, die von Kommunisten abhängig ist, erscheint ihr nach wie vor als indiskutabel. Einer rein bürgerlichen Minderheitsregierung kann sie ebenfalls nicht zum Leben verhelfen, da sie doch mit der Verantwortung für alle Schritte und Handlungen dieser Regierung belastet würde, ohne daß sie doch in der Lage wäre, irgendeinen Einfluß auf die Schritte dieser Regierung auszuüben. So bleiben nur noch zwei Auswege: eine Regierung von der Art, wie sie bisher bestand, eine Regierung der Mitte also, und eine Regierung von den Deutschnationalen bis zur ASPS. Wir wissen, daß eine Koalition von den Deutschnationalen bis zur ASPS den Wünschen der Deutschnationalen entsprechen würde; wir wissen auch, daß eine solche Regierung die notwendige Mehrheit aufzubringen imstande wäre. Aber auch dann, wenn man durchaus willens ist, sich mehr von vernünftigen Erwägungen als von blinden Stimmungen leiten zu lassen, gibt es doch in der Politik Grenzen, über die man sich nicht — es sei denn, man riskiere seine Existenz — hinwegsetzen darf, gibt es Dinge, die, wenigstens unter bestimmten Verhältnissen und in bestimmten Zeitabschnitten einfach nicht getan werden können. So richtig es ist, daß die Deutschnationalen die stärkste bürgerliche Partei sind, so begreiflich es erscheint, daß sie auf Grund dieser Tatsache ihren Anteil an der Regierung begehren, so unmöglich ist es für die ASP, unter den obwaltenden Umständen sich an einer solchen Lösung zu beteiligen. Politisch möglich dürfte für die ASP gegenwärtig nach unserer Meinung nur eine Koalition der Mitte sein."

Ob die Deutschnationalen jedoch bereit sein werden, angesichts der Lage im Reich eine solche Hilfsstellung zu bieten, erscheint jedoch noch immer fraglich, und deshalb verlegen sich die ASPS-Leute aufs Betteln. Der Volksstaat fährt fort:

„Wir wissen nicht, ob alle jene Parteien, auf die es ankommt, jenes Maß staatspolitischer Klugheit und verantwortungsbewußter Selbstbeschränkung besitzen werden, ohne daß die bestehenden Schwierigkeiten nicht zu überwinden sind. Jede Partei hat hier die Pflicht, nicht nur in Erwägung zu ziehen, was sie will, sondern auch das, was für die andere Partei, deren Mithilfe man braucht, im Augenblick eben noch tragfähig ist."

Die Deutschnationalen sollen also Rücksicht nehmen, damit die Rolle der ASPS-Leute vor den Arbeitern nicht restlos entlarvt werde. Später würde die ASPS schon bereit sein, den Deutschnationalen Rechnung zu tragen. Nur jetzt im Augenblick nicht. Sollten die Deutschnationalen den Wünschen der ASPS nicht Rechnung tragen, und die Lakaien des Bürgertums vor der Konsequenz ihrer Verrätereien zurückschrecken, dann dürfte noch im Januar die Frage der Regierungsbildung den Bürgern des Bürgerblocks noch einige Kopfschmerzen machen.

Nieder mit dem Geßler-System!

Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion zum Reichswehrskandal.

Außer dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Geßler hat die kommunistische Fraktion im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Die Reichswehr wird aufgelöst. An ihre Stelle tritt eine Miliz, die gebildet wird aus der werktätigen Bevölkerung unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.

Die Unteroffiziere und Mannschaften werden unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte in die von ihnen selbst gewählten Berufe übergeführt.

Im Falle der Ablehnung:

Zur Reorganisierung der Reichswehr und Reichsmarine sind nachfolgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Die Ausnahmebestimmungen über das Wahlrecht der Reichswehrangehörigen werden aufgehoben. Der Reichswehrangehörige erhält nebst dem Wahlrecht zugleich das Recht auf Teilnahme an politischen Versammlungen, auf freie Zeitungswahl, auf Abhaltung von Soldatenversammlungen und auf Gründung von Soldatenvereinigungen unter Aufhebung des Verbotsrechts der zuständigen Instanzen.

2. Alle einschränkenden Bestimmungen in bezug auf Heirat, Arztwahl, rechtskundige Vertretung, Teilnahme an kirchlichen Verhandlungen werden aufgehoben.

3. In den Disziplinarbestimmungen wird die Verhängung von Geldstrafen und Strafexerzieren aufgehoben und verboten.

4. Das Beschwerderecht wird in der Form geändert, daß die Fristen aufgehoben werden, daß gemeinschaftliche Beschwerden zulässig sind und daß zur Vertretung der Beschwerden die Vertrauensleute ebenso wie zivile Rechtskundige zugelassen werden (Arbeitersekretäre, Rechtsanwälte).

5. Die Vorrechte der Offiziere werden aufgehoben. Die Truppenführer werden von den Unteroffizieren und Mannschaften gewählt.

6. Bei der Beratung der Angelegenheiten, die die Wohlfahrt der Unteroffiziere und Mannschaften betreffen (Verpflegung, Besoldung, Urlaub, Beschwerden, Strafen, Krankheit usw.) haben die von den Mannschaften und Unteroffizieren gewählten Vertrauensleute das Mitbestimmungsrecht. Die Zahl der Vertrauensleute ist zu vermehren, so daß in der Kompagnie, Batterie usw. mindestens drei Vertrauensleute zu wählen sind. Die Vertrauensleute werden im Rahmen des Bataillons, Regiments, der Division usw. zusammengefaßt; sie wählen die Vertrauensleute bei den entsprechenden höheren Kommandostellen.

7. Der Reichswehrangehörige erhält das Recht auf dreimonatliche Kündigung.

8. Neueinstellungen in die Reichswehr erfolgen in Zukunft nur durch die Organe der freien Gewerkschaften. Werbebüros sind die Vorstandsbüros der freien Gewerkschaften am Standort der Formation.

9. Sofortige Kontrolle des Offiziers- und Unteroffizierskörpers sowie des Mannschaftsbestandes zur Feststellung ihrer früheren oder jetzigen Zugehörigkeit zu sogenannten „Vaterländischen Verbänden" und Organisationen oder Turnerschaften oder ihrer Verbindungen mit diesen zum Zweck der Organisierung der getarnten Reichswehr.

10. Zum Zweck dieser Kontrolle werden Untersuchungskommissionen gebildet. Diese bestehen für alle höheren Stäbe vom Bataillonsstab aufwärts aus sechs Vertretern der freien Gewerkschaften.

11. Für die Formationen wird für je ein Bataillon oder eine Abteilung eine Untersuchungskommission gebildet. Sie besteht aus sechs Vertretern der freien Gewerkschaften und den Vertrauensleuten des Bataillons oder der Abteilung.

12. Alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, denen durch die Untersuchungskommission die Zugehörigkeit zu den unter 11 genannten Organisationen oder irgendeine Tätigkeit für die getarnte Reichswehr nachgewiesen wird, werden sofort fristlos unter Aberkennung aller Pensionsansprüche entlassen.

13. Die verantwortlichen Offiziere werden vor einen Gerichtshof gestellt, der für jede Formation am Standort zu errichten ist. Er besteht aus sechs Mitgliedern der freien Gewerkschaften und aus fünf Vertrauensleuten, die von den Gesamtvertrauensleuten der Formation zu wählen sind.

Wilhelm i. R. über Liebe und Ehe

„Liebe kann zweimal kommen" — „Ich war fasziniert" — „Keine Zeile ohne Hermine"! — „Sie hat Röntgenstrahlenaugen" — „Wenn es je Gott und Meinem Volke gefallen sollte . . ."

Der amerikanische Journalist G. S. Viereck hat den Exkaiser über sein Innenleben befragt und darüber Auskünfte erhalten, die sich mit der Frau im allgemeinen, insbesondere aber mit der Auguste Viktoria und Hermine, befassen. Wir bringen die Aeußerungen Wilhelms in der Uebersetzung aus dem Englischen. Sie bestätigen, daß unser unvergeßlicher Monarch nicht nur ein hervorragender Heerführer und Diplomat, sondern vor allem auch ein erfahrener Frauenkenner ist. Besonders seine Bemerkungen über „Liebe auf den ersten Blick" und Hermines schlohweiße Schultern verdienen von Herrn Külz in seinem **„Almanach wider Schmutz und Schund"** oder in seiner Abhandlung **„Was soll der deutsche Normalbürger von, vor und nach der Ehe wissen?"** aufgenommen zu werden.

Die Heilige und „ihre" Feldgrauen

„Ihre Majestät, die verstorbene Kaiserin Auguste Viktoria, war einzig unter den Frauen. Jeder Tropfen ihres Blutes gehörte mir, ihrem Land und ihren Kindern. Ihre mütterliche Liebe überflutete den Kittel jedes verwundeten Soldaten. Von meinem Volke wurde sie wie eine Heilige verehrt."

Einmal ist keinmal

„Als ich sie zuerst sah, war ich sofort tief getroffen. Ich war fasziniert. Ich erkannte sofort, daß sie mein Kamerad war. „Einmal im Jahre kommt Frühling, einmal im Leben die Liebe," singt der Dichter. Aber der Dichter lügt. Liebe kann zweimal im Leben kommen. Gesegnet fürwahr der Mann, dem ein zweites Mal die Liebe begegnet. Ich meine hier nicht lediglich triviale Erregungen, sondern tiefe, fundamentale Gefühle, die die wahre Wurzel unseres Seins erschüttern. Ich sah in ihr den Liebesboten, den mir der Himmel sandte. Meine Liebe wandte sich ihr sofort zu, gerade so, wie es bei meiner ersten Frau gewesen war. Mein Herz blühte auf wie der Stab des Pilgers im Angesicht des Papstes. Meine Wahl war getroffen."

„Den Verstand gerettet . . ."

„Ihre Majestät die Kaiserin Hermine erfüllt voll und ganz meine vier K. (das bedeutet: „Kinder, Küche, Kirche, Kamerad"). Sie ist eine vollkommene Mutter, eine vollkommene Hausfrau, eine ehrfürchtige Christin und eine unvergleichliche Kameradin. Ihre Liebe, die sie veranlaßte, meine Frau zu werden, hat mir den Verstand, wenn nicht das Leben gerettet. Gewöhnt an die vertrauensvolle Kameradschaft Auguste Viktorias, beugte mich fürchterlicher Schmerz — Schmerz um meine Frau, Schmerz um mein Land. Meine Vereinsamung war unbeschreiblich. Sie brachte mich herunter. Sie war Hölle. Nun, da meine Hermine um mich ist, habe ich wieder jemanden, dem ich mein Herz ausschütten kann, der meine Gedanken und meine Stimmungen liest."

Reif muß sie sein

„Um wahrhaft glücklich zu sein, muß man nicht ein Mädchen heiraten, das das Leben nicht kennt, aber man soll eine wissende Frau heiraten, eine erfahrene Witwe. Denn ich bin wirklich glücklich, Kaiserin Hermine gefunden zu haben. **Vor einiger Zeit wurde meine zweite Ehe bei einer Gesellschaft besprochen. Es gab viele Für und Wider. Ein Herr horchte still allem zu, was gesagt wurde. Endlich begann er zu sprechen. „Was für ein feiner Kerl muß der Kaiser sein, daß er sich so vollkommen Liebe und Verehrung zwei solch wunderbarer Frauen gewinnen konnte."**

Die Frau mit dem Etwas

„Es ist ein undefinierbares Etwas, das einen zu ihr hinzieht. Der klare, offene, intelligente und manchmal suchende Blick ihrer lieben dunkelbraunen Augen, unter zwei gewölbten schwarzen Augenbrauen, ist unwiderstehlich, wenn er im Brennen ergebener Liebe weich wird. Ihr lieblicher Teint gibt ihren hübsch geformten Armen und ihren bemerkenswert schönen Händen die Farbe einer glänzenden Weißen. Ihre königliche Haltung wird unterstrichen von der gewinnenden Grazie der Bewegungen ihrer eleganten Figur. Ihre tiefe, melodische Stimme berückt den verträumten Hörer."

Kaiserwetter im Himmelbett

„. . . Die Jahre trennen uns nicht. Im Gegenteil, die Fühlungnahme und die Verbindung mit ihrer Jugend hat mich verjüngt. Ich gebe offen zu, daß ich fürchtete, der Unterschied in unserem Alter würde vielleicht zu Schwierigkeiten führen. Doch heute, nach vierjähriger Ehe, ist unser Himmel immer noch unbewölkt. Wir sind so vollständig glücklich, wie nur ein Liebespaar in den Flitterwochen sein kann."

Die Zunge für die Republik — das Herz schlägt für Hermine

„Die Kaiserin ist tatsächlich eine besondere Frau. Ich werde meine Entdeckung von den Hausdächern verkünden und ihr Lob singen, wo immer ich gehe. **Sie wäre die ideale Kaiserin für heute."** —

„Der Mann, der Mir dies sagte, ist ein Republikaner.

Ich selbst habe viel für Demokratie übrig. Ich war immer zugänglich, antwortete der Kaiser mit einer gewissen Hitzigkeit. **„Ich war zugänglicher als Ihre Präsidenten, sicherlich zugänglicher als Wilson. Und es freute mich immer, wenn ich Studenten und Künstler empfangen durfte.** In Kiel konnte mir jeder Herr vorgestellt werden und mit mir im Jachtklub speisen. Kein europäischer Monarch war demokratischer. Alljährlich ging ich zu vielen [illegible]. Ich unterhielt mich mit den einfachsten Beamten, vom Totengräber bis zum Bürgermeister, vom Junker bis zum Bauern. Einmal im Jahr hielten wir ein **Bankett im Berliner Schloß ab — eine alte preußische Sitte,** das **sogenannte Oktoberfest — zu Ehren aller derjenigen,** die einen **Auftrag oder Orden von mir erhalten hatten.** Bei solchen Gelegenheiten **tanzten Schornsteinfeger, Korporale, Polizisten und Schauspieler zusammen mit Staatsministern und blaublütigen Prinzen. Niemand kann sagen, daß ich mich von meinen Untertanen isoliert habe."**

Fragen Sie meine Frau . . .

„Ihre Zustimmung ist mein Stolz und hält mich aufrecht; sie erlaubt mir, über feindselige Kritiken zu lachen. Ich schreibe **nicht einen einzigen Satz über Religion oder Politik** oder Wissenschaft, **ich entscheide keine persönliche Frage ohne** ihren Rat. **Ihre Urteilsgabe ist erstaunlich. Sie leitet ihre** Güter in **Deutschland mit männlichem Geschick. Sie weiß** mehr über **Finanzen als mancher meiner früheren Minister.** Ihre Kenntnis **praktischer Angelegenheiten ist unendlich größer denn meine.** Vor **allem ist sie Menschenkennerin. Sie hat Röntgenstrahlenaugen."**

Wenn ein Kaiser heiratet . . .

„Wir Deutsche reden eine Frau immer mit dem Titel ihres Mannes an. Wenn ein Generalleutnant oder ein General heiratet, so wird seine Frau automatisch mit Ihre Exzellenz angeredet, selbst wenn der General pensioniert werden sollte. Wenn **ein Kaiser heiratet, so wird seine Frau notwendigerweise Kaiserin, auch wenn er ein pensionierter Kaiser ist."**

Der Verbündete im Himmel

„Oft ballte Hermine ihre Fäuste, wenn sie die nichtswürdigen Dinge hörte, die hinter meinem Rücken gesagt wurden. Dinge, die mir erst jetzt zu Ohren gekommen sind, durch die Memoiren treuloser Diener, die ihre, wenn auch entfernten Beziehungen mit mir und meinem Hofe ausschlachten, um Berühmtheit und Geld zu erlangen. **Der Verhetzungsfeldzug gegen sie, war hauptsächlich durch Furcht veranlaßt — Furcht vor einem großen Kehraus, wenn es je Gott und meinem Volke gefallen sollte, mich zurückzurufen."**

Soeben erscheint: Die Kommunistische Internationale (Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale) **Heft 13. Preis 30 Pf. Inhalt: Die chinesische Revolution** und die Aufgaben der kommunistischen Parteien. J. Stalin: Die Perspektiven der Revolution in China; eine Antwort an die Renegaten. Lenzner: Ueber einige Lehren der „englischen Kampagne". K. Bittel: Das sozialdemokratische Manöver auf der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes. Cacovilla: Die imperialistische Unterdrückung in Latein-Amerika und ihre Folgen. R. R.: „Modern India". — Zu beziehen durch alle Literaturobleute, Kolporteure oder durch die Post (Abonnement 1 Mk. statt 1.25 Mk.). Verlag Carl Hoym Nachf., Berlin NW. 6 — Hamburg